

# Allianz des Nordens kämpft um Jobs bei Premium

## FLUGZEUGWERK So will die Politik einen Stellenabbau in der Luftfahrtindustrie verhindern

VON CHRISTOPHER HANRAETS

**NORDENHAM/VAREL** – In der Branche der Flugzeugbauer sind wegen der Corona-Krise Jobs in Gefahr – auch in den Premium-Aerotec-Werken in Varel, Nordenham und Bremen. Schon 2007 drohte in der Branche ein massiver Stellenabbau, der seinerzeit aber verhindert werden konnte. Damals weckten die Pläne bei den Beschäftigten den Kampfgeist. Das soll in der jetzigen Situation wieder passieren. Dafür wurde die „Allianz des Nordens für sichere Arbeitsplätze der Luftfahrtindustrie“ ins Leben gerufen. Ein entsprechendes Positionspapier wurde am Montag in Varel dem PAG-Gesamtbetriebsratsvorsitzenden Thomas Busch überreicht.

In einem Positionspapier betonen Politiker von SPD, CDU, Grünen und FDP, dass sie

„krisenbedingte Herausforderungen“ anerkennen, fordern aber zugleich, dass für die drei Premium-Aerotec-Standorte „tragbare Zukunftskonzepte“ entwickelt werden müssten, statt auf den Abbau von Arbeitsplätzen zu setzen.

„Wir fordern, dass gemeinsam mit den Betriebsräten ein zukunftsfähiges Konzept erarbeitet wird, anstatt willkürlich die Fortschritte zu streichen, die vor mehr als zehn Jahren errungen wurden“, heißt es weiter in dem Papier. Oberstes Ziel ist der Erhalt der Arbeitsplätze.

### 40 Prozent weniger

Laut Thomas Busch ist der Betrieb zu etwa 40 Prozent eingebrochen, von Leiharbeitern habe man sich bereits trennen müssen. Aber die Aufträge seien nicht storniert, sondern vor allem verschoben



Bei Premium Aerotec droht ein Stellenabbau.

DPA-BILD: STEFAN PUCHNER

worden – wenn auch zum Teil um bis zu zehn Jahre. Bis man wieder annähernd das Vor-Corona-Niveau erreiche, würden wohl mindestens zwei bis drei Jahre ins Land gehen.

Im Rahmen des im Februar angekündigten Restrukturierungsprogramms war PAG weit von einem Abbau von 1460 Stellen die Rede. In Varel arbeiten rund 1400 Menschen bei PAG, in Nordenham 2800 und in Bremen 400. Betriebsrat und IG Metall befürchten, dass die Krise genutzt werden

könnte, um ohnehin geplante Umstrukturierungen samt Entlassungen unter dem Deckmantel der Corona-Krise umzusetzen.

### Abwrackprämie

Im Raum steht unter anderem die Forderung, die Kurzarbeit auf bis zu 24 Monate auszuweiten, um die Krise zu überbrücken. Eine weitere Möglichkeit wäre eine Art Abwrackprämie für Flugzeuge. Das würde nicht nur die Nachfrage ankurbeln, sondern auch den Flugverkehr umweltfreundlicher machen, weil moderne Flugzeuge wesentlich weniger CO<sub>2</sub> ausstoßen als ältere Modelle. Eine weitere Möglichkeit wäre, Aufträge aus dem militärischen Sektor vorzuziehen.

Die Allianz argumentiert außerdem, dass diese Vorgehensweise die eindeutig bes-

tere sei, denn sollte es im Zuge der Corona-Krise tatsächlich zu größeren Entlassungen kommen, hätte PAG bei einem Aufschwung Probleme, Fachpersonal zu finden, das dann dringend gebraucht werde.

Unterschrieben ist das Papier von Politikern aus der Region. Dazu gehören der Nordenhamer Bürgermeister Carsten Seyfarth (SPD), sein Vareler Amtskollege Gerd-Christian Wagner (SPD), Friesland-Landrat Sven Ambrosy (SPD), Wesermarsch-Landrat Thomas Brückmann (parteilos), die Landtagsabgeordneten Horst Kortlang (FDP), Karin Logemann (SPD), Björn Thümler (CDU) und Dragos Pancescu (Grüne), Niedersachsens Umweltminister Olaf Lies (SPD) sowie die Bundestagsabgeordneten Siemtje Möller (SPD), Susanne Mittag (SPD) und Astrid Grotelüschen (CDU).